

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 2. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 27. März 2017
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 19:50 Uhr
Ort: Gemeindesaal, Kirchbühl 23 (2. Stock), Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 11 und 12 vom 16. und 23. März 2017 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident	Christoph Wyss
Stimmzähler	Georg Burkhard, Thomas Grimm
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Daniel Beck, Peter Biedermann, Franziska Cottier-Rupp, Anna de Quervain, Hermann Dür, Karin Fankhauser, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Tobias Kälin, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Andrea Lüthi, Pierre Manz, Christine Meier, Marcel Meier, Adrian Merz, David Niederhauser, Mathuran Poopalapillai, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Peter von Arb, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Michael Ritter, Barbara Lüthi-Kohler
Entschuldigt	Tabea Bossard-Jenni
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 6. Februar 2017	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	3
- Kreditabrechnung Ersatz Server-/Speicher-Hardware + zentrale Netzwerkinfrastruktur	4
- Motion GLP betreffend Abschaffung wiederkehrende Grundgebühren für Energie und Wasser	4
- Postulat EVP Burgdorf betreffend Hühnersuppe für die Burgdorfer Frauen	6
- Postulat Grüne Burgdorf betreffend TISA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten	7
- Interpellation EVP Burgdorf betreffend Bedeutung der Quartiervereine für den Gemeinderat und die Direktionen in der Stadt Burgdorf	9
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	9

Appell

Der durch den Stimmenzähler Burkhard Georg durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2017-86 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 6. Februar 2017

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 6. Februar 2017.

SRB: 2017-87 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadratspräsidenten

Verhandlung

Stadratspräsident Wyss Christoph begrüsst die Anwesenden zur zweiten Stadtratssitzung und teilt mit, dass sich Stadträtin Bossard-Jenni Tabea für die heutige Sitzung entschuldigt hat. Am 13. März 2017 wurde ihr Sohn Aaron Liam geboren. Der SR gratuliert herzlich zur Geburt.

Stadratspräsident Wyss Christoph teilt mit, dass auf der Homepage der Stadt Burgdorf die Termine, die Sitzordnung und die Liste der Interessenbindungen des SR aufgeschaltet sind. Die Adressliste, die ausführliche Terminplanung des SR und die Fraktionspräsidien sind in der online Sitzungsverwaltung abrufbar. Der Vorsitzende informiert, dass er an der Eisrevue teilgenommen hat. Es war sehr farbig und viele Kinder haben teilgenommen. Es war ein wunderbarer Anlass. Zusammen mit Gemeinderat Bucher Theophil hat der Vorsitzende an der GV der Raiffeisenbank Burgdorf die Stadt Burgdorf vertreten. Es war ein interessanter Anlass.

SRB: 2017-88 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Seitens des Gemeinderates (GR) erfolgen keine Informationen.

SRB: 2017-89 | Registratur-Nr. 7.70.7000.20

Kreditabrechnung Ersatz Server-/Speicher-Hardware + zentrale Netzwerkinfrastruktur

Verhandlung

Stadratspräsident Wyss Christoph stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung über den Ersatz der Server-/Speicher-Hardware und der zentralen Netzwerkinfrastruktur mit Ausgaben von Fr. 390'585.80 und Mehrausgaben von Fr. 4'585.80 (1.2 %) wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen den Antrag.

SRB: 2017-90 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Motion GLP betreffend Abschaffung wiederkehrende Grundgebühren für Energie und Wasser

Verhandlung

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es eher selten vorkommt, dass der SR auf eine politische Eingabe eine so ausführliche und detaillierte Antwort erhält wie bei der vorliegenden Motion. Das Dokument wurde sicher mit Interesse gelesen und hat einige interessante Einblicke im Zusammenhang mit der Gestaltung von Preisen für Energie und Wasser gegeben. Ein Dank für die kompetente Antwort geht an die Baudirektion und Localnet AG. Eigentlich wurde mit der ausführlichen schriftlichen Antwort alles gesagt. Es wird jedoch noch auf ein paar wichtige Punkte aufmerksam gemacht. Die Abschaffung der Grundgebühren ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen falsch. Die Abschaffung der Grundgebühren widerspricht klar dem in übergeordneten Vorschriften und Gesetzen, so zum Beispiel im Stromversorgungsgesetz und im Kantonalen Wassergesetz, geforderten Verursacherprinzip. Aus den genau gleichen Gründen verlangt die Stadt Burgdorf auch beim Kehricht und beim Abwasser eine Grundgebühr. Die Abschaffung der Grundgebühren ist aus sozialpolitischen Gründen falsch. Es ist nicht nachvollziehbar, dass rein verbrauchsabhängige Preise bei der Bevölkerung eine Verhaltensänderung bewirken werden. Andererseits ist es aber so, dass mit einem solchen System auch Grossfamilien bestraft und Ein-Personen-Haushalte entlastet würden. Die Vor- und Nachteile sind also hier nicht eindeutig. Auch diese Argumente rechtfertigen die massive Abweichung vom Verursacherprinzip nicht. Die Abschaffung der Grundgebühren ist aus ordnungspolitischen Gründen falsch. Die Stadt Burgdorf hat die Localnet AG nicht ausgelagert, damit sie ihr nun erneut ins Tagesgeschäft dreinredet. Die Localnet AG hat in den Jahren seit der Ausgliederung eindrücklich bewiesen, dass sie sehr erfolgreich unterwegs ist. So sind die jährlichen Leistungen an die Stadt Burgdorf von ursprünglich geplanten 2.4 Mio. Franken auf mittlerweile jährlich 3.4 Mio. Franken gestiegen. Und dies noch ohne die einmalige Substanzdividende von 10 Mio. Franken. Zudem hat Localnet AG klar bewiesen, dass sie auch ökologisch unterwegs ist. Dank der Localnet AG hat die Stadt Burgdorf seit 2012 100% erneuerbaren Strom. Dank der Mithilfe der Localnet AG gibt es auch die Plattform Energiestadt und Solarstadt Burgdorf AG. Dank der ökologischen Produktpalette der Localnet AG erhalten auch Solarstromproduzenten, anders als im BKW-Gebiet, noch eine anständige Vergütung für ihre Produktion. Die Abschaffung der Grundgebühr ist auch aus der Sicht einer Vorbildfunktion der Stadt Burgdorf falsch. Es kann nicht sein, dass die Stadt Burgdorf bei den eigenen Bereichen Abfall und Abwasser eine Grundgebühr erhebt und gleichzeitig der eigenen Unternehmung vorschreibt, dass sie das gleiche nicht tun dürfen. Das geht nicht. Das sind genug Gründe, welche den Entscheid des GR die Motion abzulehnen mehr als unterstreichen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für den umfassenden Bericht, der entsprechend gewürdigt wird. Es ist eine umfassende Arbeit für einen einfachen politischen Vorstoss. Die Schlussfolgerungen des GR werden nicht geteilt. Das Hauptproblem der Antwort ist, dass die Rolle des Antwortenden nicht klar wurde. Der GR ist zu hart in der Rolle als Hauptaktionär stehengeblieben, anstatt eine politischen Antwort zu den aufgeworfenen Fragen zu geben. Stadtrat Ritter Michael wird sich zu Elektrizität, Wasser und Gas äussern. Er wird sich nicht auf die technische Seite des Geschäftes beschränken, weil sie nicht im Zentrum steht und ausserdem erschöpfend dargelegt wurde. Er wird sich auf das Politische und Ökonomische beschränken. Die Localnet AG spielt bei anderen Gelegenheiten gerne privates Unternehmen. Kein echter Privatverkäufer kann seinen wenigen oder nicht Kunden verpflichten, etwas zu bezahlen. Dieser Vergleich hat Grenzen, weil ein echter Privatverkäufer zwei Sachen nicht machen muss. Er hat keine Lieferpflicht, weil es nicht im Zentrum steht. Er hat auch keine Bereitstellungspflicht. Die Localnet AG kennt solche Pflichten, deshalb ist der Vergleich ein bisschen wacklig. Der Vorstoss möchte die Frage klären, wer die Kosten bezahlen soll, wenn diese überwältigt werden. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es sowohl aus ökologischer wie auch sozialer Sicht das Beste und Vernünftigste ist, wenn die Kosten auf das Produkt und damit auf die Kunden überwältigt werden. Beim ökologischen Aspekt ist es nahezu die einzige Möglichkeit in Burgdorf, wie man auf monetärem Weg Einfluss nehmen kann beim Stromverbrauch. Die ökologischen Bemühungen der Localnet AG werden nicht heruntergespielt. Beim sozialen Aspekt kann man es auch ganz anders sehen. Die Grundgebühren dieser Art können, auch etwas polemisch bezeichnet, als Subvention von privaten Kleinkunden an die industriellen Grosskunden bezahlt werden. Die Abschaffung der Grundgebühren ist aus ökologischer und sozialer Sicht und letztlich auch für die Marktwirtschaft die überzeugendste Lösung. Es zeichnet sich ab, dass der SR die Motion ablehnt. Man sollte nochmals schauen, wie es zum Beispiel die Stadt Zürich löst. Es wird ein bisschen stiefmütterlich behandelt. Das Modell von Zürich beinhaltet eine abgeschwächte Grundgebühr. Man könnte in Zukunft einen Vorstoss einreichen, der eine Grundgebühr vorsieht und wer die Grundgebühr bezahlt, hat das Recht Strom zu beziehen. Die GLP-Fraktion hat lange überlegt, wie man mit der Motion weiterfahren möchte. Die Motion ist formell und materiell nicht seriös. Der SR soll klar politische Stellung beziehen. Zu einem späteren Zeitpunkt kann die Idee Flatrate erneut aufgegriffen werden. Beim Wasser ist es problematischer, weil man es nicht wissen konnte. Die ersatzlose Streichung würde zu einem Preisschock führen. Es handelt sich nicht um die gleiche Ausgangslage. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, falls der SR die Motion überweisen sollte, dass die Ausgestaltung des Reglements beim Wasser überdacht werden muss. Ein ersatzloser Verzicht beim Wasser müsste überlegt werden. Eventuell könnte ein Kompromiss gefunden werden. Die GLP-Fraktion empfiehlt dem SR, die Motion zu überweisen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung sowie der Localnet AG für die ausführliche Antwort. Wie in der Vorlage ersichtlich, sind bis zu 90 % der Netzkosten auch Fixkosten, die bezahlt werden müssen. Wenn das Netz alle Benutzer gleichzeitig gebrauchen, muss dieses genug dimensioniert sein. Jeder Haushalt hat in den Spitzenzeiten auch einen maximalen Bedarf. Der Vergleich zur Privatwirtschaft hinkt ein bisschen. Die Wasserversorgung ist nicht privat, da ist man im Monopol drin. Die Gasversorgung ist ebenfalls im Monopol. Nur beim Energieverbrauch können wir partiell wählen, welche Art von Energie wir wollen, aber auch nur was die Localnet AG anbietet. Wir sind hier mehr oder weniger in einer öffentlichen Aufgabe, deshalb ist man nicht völlig frei bei der Gestaltung der Preise. Den Anreiz, dass wir Energie und Wasser sparen, ist trotzdem gegeben, weil es immer noch variable Kosten gibt. Man kann durchaus Geld sparen, wenn man weniger Energie verbraucht. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Es liegt eine sehr ausführliche Antwort vor. An den GR wird appelliert, in Zukunft die Antworten kürzer zu fassen um Kosten zu sparen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Vorstoss intensiv und kontrovers diskutiert hat. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die detaillierte und fundierte Antwort. Eine fundierte Antwort ist hilfreich. Das Anliegen und die Stossrichtung des Vorstosses der GLP, den Energieverbrauch zu senken, sind richtig und wichtig. In der Energiestrategie steht, dass Burgdorf der Localnet AG klare Vorgaben zur Förderung von erneuerbarer Energie und einer umweltfreundlichen, nachhaltigen Energieversorgung macht. Im Bereich Elektrizität ist das, wie wir alle wissen, erfreulicherweise bereits passiert, Burgdorf braucht kein Strom mehr aus Uran. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Forderung zur Abschaffung der Grundgebühr für Strom, Gas und Wasser über das Ziel hinaus schießt. In Anbetracht des massiven Eingriffs in das operative Geschäft der Localnet AG und dem erwarteten minimalen Effekt, wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Ein reines

Verursacherprinzip würde heissen, dass Energie, bei der man mehr Leitungen braucht, mehr kosten würde. Das ist, wie in der Antwort dargelegt, gesetzlich nicht erlaubt. Der soziale Aspekt des Geschäftes ist komplexer als vorher dargelegt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Localnet AG in dieser Frage einen guten Weg geht und möchte sie an dieser Stelle motivieren, bei der Preisgestaltung möglichst tiefe Grundgebühren anzustreben. Weil der Vorstoss eine Motion ist, erübrigt sich die Diskussion, ob man allenfalls nur beim Strom etwas unternehmen soll. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR, die Motion abzulehnen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Steuerung der Localnet AG über die Vorgaben wie sie im Energierichtplan und den dazugehörigen Massnahmen festgehalten sind, ökologisch mehr bringen. An dieser Stelle ein Hinweis mit der Gefahr einer Wiederholung. Zum Beispiel bei der Massnahme 7 zum Wärmeverbund Süd. Ein Erdgasanteil von 45 % deutet auf ein grosses Potenzial hin, bei der man fossile Energieträger ersetzen könnte. Der Erdgasanteil ist übrigens seit der Definition dieser Massnahme vor zirka vier Jahren sogar noch gestiegen.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass die Motion ausführlich diskutiert wurde. Die Grünen-Fraktion dankt für die ausführliche Stellungnahme. Die Stossrichtung der Motion ist richtig und wichtig. Man muss sparsam mit der Energie und dem Wasser umgehen. Das Anliegen wird unterstützt. Auf der anderen Seite ist man mit der Art, wie das erreicht werden sollte, nicht ganz einverstanden. Man ist auch der Meinung, dass es nicht ganz der richtige Weg ist in Anbetracht des vorliegenden Potenzials. Ausserdem zählt auch der soziale Aspekt, weil allenfalls eine fünfköpfige Familie weniger Sparpotenzial hat als ein Einpersonenhaushalt. Eventuell sind auch andere Ansätze möglich. Ein Beispiel aus Kalifornien. Stromproduzenten und -lieferanten werden steuerlich entlastet, wenn sie ihre Kunden dazu bringen weniger Strom zu verbrauchen. Dem Lieferanten wird der Anreiz gegeben, auf die Leute, welche den Strom beziehen, zuzugehen. Bei den industriellen Firmen wäre ein grösseres Sparpotenzial als bei Privatkunden. Die Stossrichtung der Motion wird unterstützt. Man ist offen, etwas Neues anzudenken. Die Grünen-Fraktion hat keine Fraktionsmeinung und hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Stadtrat Merz Adrian wird der Motion nicht zustimmen.

Stadtrat Niederhauser David, namens der EDU, teilt mit, dass die Motion in der Partei diskutiert wurde. Die Idee, die Abschaffung der Grundgebühr, ist interessant. Es ist gut, wenn man mit der Energie und dem Wasser sparsam umgeht. Es kann frustrierend sein, wenn man versucht Energie zu sparen und am Schluss bei der Abrechnung fast keinen Unterschied feststellt. Trotzdem überwiegen die Argumente des GR. Insbesondere das Argument, dass die Grundgebühr Verursachergerecht ist, wie auch das Argument, dass ein System ohne Grundgebühr finanziell sehr schlecht beherrschbar ist. Stadtrat Niederhauser David wird dem Antrag des GR zustimmen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Motion abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja und 4 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag.

SRB: 2017-91 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat EVP Burgdorf betreffend Hühnersuppe für die Burgdorfer Frauen

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Beantwortung zum Postulat kurz ausgefallen ist. Gemeinderat Rappa Francesco sowie Stadtpräsident Berger Stefan als Ex-Präsidenten des Altstadtleistes kennen sich bestens mit der Hühnersuppe aus. Der Quartierverein Altstadtleist organisiert die Hühnersuppe. Man hat mit Freude vom Postulat Kenntnis genommen. Die Hühnersuppe findet Anklang. Die Stadt Burgdorf findet es nicht nötig, die Hühnersuppe gratis abzugeben. Der Anlass ist professionell organisiert durch den Altstadtleist. Das Rezept für die Hühnersuppe kann dank der Berner Zeitung BZ und deren jährlicher Berichterstattung herausgefunden werden. Der GR schlägt die

Annahme des Postulats und gleichzeitige Abschreibung vor. Dies als Wertschätzung und Anerkennung des Anlasses sowie für die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, dankt für die Stellungnahme und die Ausführungen zu der langjährigen Tradition von diesem Brauch. Die EVP ist einverstanden, das Postulat an den GR zu überweisen und abzuschreiben.

Abstimmung

Annahme des Postulates und gleichzeitige Abschreibung.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen den Antrag.

SRB: 2017-92 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat Grüne Burgdorf betreffend TISA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Beantwortung des Postulates deutlich mehr Papier benötigt hat. Seit Februar 2012 verhandelt eine Gruppe von rund 23 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO, darunter auch die Schweiz, über das Abkommen. Das Abkommen soll Dienstleistungen liberalisieren, das sogenannte Trade in Services Agreement (TiSA). Die Grünen wollen mit dem Postulat wissen, was TiSA für Auswirkungen auf die Stadt Burgdorf hat. Der GR hat versucht, das relativ komplizierte Thema verständlich darzulegen. Zum Thema gibt es auch vom Schweizerischen Städteverbund eine entsprechende Stellungnahme zu den Auswirkungen sowie zu verschiedenen Punkten, wie man es behandeln möchte. Der GR schlägt vor, die Ziffer 1 des Postulates abzulehnen, die Ziffer 2 anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben und die Ziffer 3 anzunehmen. Das Thema wird aufrechterhalten. Falls das Agreement einmal in Kraft gesetzt wird, kann man auf das Anliegen zurückkommen und schauen, was man in Burgdorf in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverbund unternehmen kann.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, dankt dem GR und Stadtschreiber Schenk Roman für die gemachten Recherchen und die ausführliche Stellungnahme. Beim Postulat geht es darum, dass die Politik und die Bevölkerung auf die laufenden Verhandlungen des Trade in Services Agreement (TiSA) aufmerksam gemacht werden. Man soll sich vor Abschluss der Verhandlungen dazu äussern, was auf uns zukommen wird und was für unser politisches System tragbar ist. In der Schweiz hat man, wie vom GR in der Antwort festgehalten, zu internationalen Verhandlungen keinen Mechanismus zur Mitsprache. Dies ist der Knackpunkt um Wege zu suchen, während dem Verlauf der Verhandlungen zu zeigen, was wünschbar und tragbar ist. Die kritischen Punkte betreffen aus unserer Sicht weniger die Dienstleistungen, welche Schweizer Firmen im Ausland erbringen. Aus Sicht von anderen Staaten sieht es wieder anders aus. Vielmehr geht es auch um den einheimischen Markt mit dem erprobten Service public und um demokratische Strukturen, welche untergraben werden können. Die Antwort des GR umreisst in kurzen Zügen die wichtigsten Aspekte des Abkommens. Die Verhandlungen, die bis jetzt laufen, stützen sich vor allem auf das Interesse von grossen Akteuren in der Dienstleistungsbranche, wie zum Beispiel in Europa auf Digitaleurope oder in den USA auf den Lobbydachverband der Dienstleistungskonzerne wie Google, Fedex, Walmart, Citygroup. Das sind weltweit aktive Dienstleister. Wen man sieht, wer an den Verhandlungen in erster Linie interessiert ist und auch einbezogen wird, stellt sich die Frage, welcher Platz die in Burgdorf ansässigen KMU's in Zukunft einnehmen können. Der internationale Internethandel wird noch mehr anwachsen. Internationale Dienstleister könnten auch hier auf den Markt kommen und wegen dem hohen Preisniveau hier die Firmen vermehrt unter Druck setzen. Wenn solche ausländischen Dienstleistungsfirmen in der Schweiz vermehrt aktiv werden und es wegen der internationalen Liberalisierung und Deregulierung weniger enge Rahmenbedingungen gibt, weiss man nicht, ob und wie Qualitätsstandards, soziale Rahmenbedingungen und Errungenschaften im Umweltbereich eingehalten werden. Ein Zeichen dafür, dass solche Standards nicht unbedingt das nötige Gewicht

bekommen in den Verhandlungen, zeigt die Tatsache, dass Konsumentinnen und Umweltverbände in keiner Weise in die Gespräche miteinbezogen werden. Ein weiteres Beispiel von Standards oder Perspektiven, die man in der Schweiz will, ist das Prinzip der Technologieneutralität, welches zur Debatte gestanden ist. Das Prinzip würde den Aufsichtsbehörden im Energiesektor nicht mehr erlauben zwischen Wind- und Kohlenenergie, Geothermie oder Fracking sowie Solar- und Nuklearenergie zu entscheiden. Wenn das Prinzip im Abkommen Platz finden würde, würde es für die Localnet AG und Burgdorf unter Umständen heissen, dass wir unsere Energiestrategie nicht mehr im gleichen Ausmass selber gestalten und bestimmen können wie bisher. Offen bleiben auch Fragen zu anderen Dienstleistungen im Service public wie das öffentliche Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialwesen, öffentlicher Verkehr, audiovisuelle Dienstleistungen und Post. Solche Fragen stellen sich umso mehr, weil die Schweizer Verhandlungsdelegation in ihrer Offerte im Oktober 2016 festgehalten hat, dass für Kanton und Gemeinden automatisch die gleichen Regeln gelten werden wie sie der Bund ausgehandelt hat. Ein gewisses Demokratiedefizit zeichnet sich ab. Ein weiterer Grund, warum man dem Abkommen gegenüber kritisch eingestellt sein soll, ist die Tatsache, dass die Verhandlungen zu TiSA keine politische Legitimität haben. Nachdem die Welthandelsorganisation WTO an der Weiterentwicklung der Handelsvereinbarungen bereits in der Doha-Runde gescheitert ist, am Widerstand von Entwicklungs- und Schwellenländern, haben sich die Industriestaaten ausserhalb der WTO-Strukturen zur Aushandlung der TiSA zusammengeschlossen. Man umgeht damit einen Aushandlungsprozess, der die Bedürfnisse aller Länder einschliesst, und trägt dazu bei, dass sich die Schere zwischen armen und reichen Ländern weiter öffnet. Die Folgen sind allen bekannt, Armut, Krieg und Flüchtlingsströme. Gemäss Fachleuten, welche die Verhandlungen so weit als möglich mit kritischem Auge verfolgen, geht die Schweizer Delegation bis jetzt keine Marktzugangspflichten beim Service public ein. Die Verhandlungen gehen jetzt in die Schlussphase. Das Agreement sollte in diesem Jahr abgeschlossen werden. In der Schlussphase müssen sich alle Positionen auf Konzessionen einlassen. Das Schlussresultat kennen wir nicht. Es ist wichtig, dass sich sowohl die Politik wie auch die Zivilgesellschaft zum geplanten TiSA-Abkommen jetzt äussern. Der Verhandlungsdelegation kann so der Rücken gestärkt werden. Sie müssen wissen, was wir in den Städten, den Gemeinden und in der Bevölkerung wollen. Sie müssen aber auch wissen, was der Rahmen wäre, wenn man etwas dazu sagen könnte. So wie der vorliegende Vorstoss definiert ist, müssen wir heute keinen definitiven Entscheid fällen. In diesem Sinn hat der GR die Anliegen der Grünen-Fraktion vollumfänglich beantwortet. Es wäre erfreulich, wenn der GR bereits nächste Woche entscheiden würde, die Stadt Burgdorf zur TiSA-freien Zone zu erklären. Die Städte Bern, Zürich, Genf, Lausanne und Baden sowie letzte Woche Langnau haben sich bereits zur TiSA-freien Zone erklärt.

Stadtrat Dür Hermann, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass zurzeit verschiedene Vorstösse im Gang sind, die darauf hinauslaufen, unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Schweiz zu untergraben. Dazu gehört das Rahmenabkommen, das von der Schweiz verlangt wird, wie TTIP und TiSA. Bei all diesen Abkommen beziehungsweise den Vorstössen ist man sich einig, dass sie intransparent sind in der Verhandlung, ohne dass es einen Grund gibt für die Intransparenz. Es gibt auch keinen Grund, diese der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Alle diese Bestrebungen sind rechtsstaatlich bedenklich. Sie enthalten zum Beispiel Klauseln wie von der dynamischen Rechtsentwicklung, das heisst die Partner entscheiden, ohne dass demokratisch mitentschieden werden kann. Oder Unkündbarkeitsklauseln, die rechtsstaatlich höchst bedenklich sind, oder Negativlisten. Die Vorstösse berühren auch die Gemeinden, das heisst, obwohl viele denken es hat nichts mit den Gemeinden zu tun, wie zum Beispiel beim Submissionswesen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, je nachdem wie es sich entwickelt, ist der Widerstand von oben und unten nötig gegen solche undemokratische Entwicklungen. Von unten heisst der Bürger, aber auch von Gemeinden und Kanton, und von oben, also auf nationaler Ebene. Wenn der GR nun schreibt, selbst wenn eine rechtliche Beschwerdemöglichkeit gegen den Bundesrat vorhanden wäre, würde der GR voraussichtlich kaum davon Gebrauch machen, tönt das mutlos und obrigkeitgläubig. Die Ausführungen von Stadtpräsident Berger Stefan haben beruhigt. Man ist sich dem Thema bewusst und die Gemeinde will sich dem Thema weiter annehmen. Die FDP-Fraktion wird keinen Abänderungsantrag einreichen. Der GR muss sich weiterhin dem Thema sorgfältig annehmen. Dem Antrag des GR wird zugestimmt. Persönlich bedankt sich Stadtrat Dür Hermann bei der Grünen-Fraktion für diesen Vorstoss.

Abstimmung

1. Ablehnung von Ziffer 1 des Postulates.
2. Annahme der Ziffer 2 des Postulates und gleichzeitige Abschreibung.
3. Annahme der Ziffer 3 des Postulates.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Stimmen den Anträgen zu.

SRB: 2017-93 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation EVP Burgdorf betreffend Bedeutung der Quartiervereine für den Gemeinderat und die Direktionen in der Stadt Burgdorf

Verhandlung

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, dankt für die Beantwortung der Fragen. Als Vorstandsmitglied des Quartiervereins Schlossmatt kann sie bestätigen, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Burgdorf sehr positiv, informativ, unbürokratisch und wertschätzend ist. Die Quartiervereine sind ein Teil der verschiedensten Vereine in der Stadt Burgdorf, die eine kulturelle Bereicherung darstellen und zum guten sozialen Miteinander beitragen.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2017-94 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Interpellation SP-Fraktion betreffend Fair Trade Town Burgdorf
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Bio-Klappen in Burgdorf

Stadtratspräsident Wyss Christoph teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Burgdorf, 25. April 2017

Namens des Stadtrates:



Christoph Wyss
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin